



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

## **Universitätsbibliothek Paderborn**

### **20 Jahre Universität - Gesamthochschule Paderborn**

**Blömeke, Sigrid**

**Paderborn, 1993**

Politisches Engagement und Einstellungswandel

**urn:nbn:de:hbz:466:1-39078**

## *Psychische Belastungen*

Neben den finanziellen Sorgen der Studierenden sind es psychische Probleme, die ein zügiges Studium behindern. Die Konstanzer Arbeitsgruppe Hochschulforschung hat in ihrer Untersuchung Mitte der achtziger Jahre auch nach diesem Komplex gefragt und alarmierende Erkenntnisse gewonnen. So gaben fast 60 Prozent aller Studierenden an, Probleme mit den Prüfungsvorbereitungen zu haben; rund die Hälfte fühlte sich den Studienanforderungen nicht gewachsen. Mehr als ein Viertel der Studierenden hatte Schwierigkeiten mit den Kommilitoninnen und Kommilitonen, sei es daß sie keinen Kontakt zu ihnen fanden, sei es daß sie unter der Konkurrenz litten. Studienfachwechsel und Studienabbruch haben wohl auch hier eine Ursache.

In Paderborn versuchte der AStA - wegen Überlastung des einzigen Psychologen in der Studienberatung - diesen Problemen mit der Einrichtung einer Psychosozialen Beratungsstelle zu begegnen (vgl. UniA PB. VIII.1.2.-1). 1985 ins Leben gerufen, boten vier Fachkräfte zunächst zweimal wöchentlich auf Honorarbasis offene Sprechstunden an. Bald stellte sich heraus, daß der Bedarf größer war als das Angebot. Das Arbeitsamt erkannte diese Sachlage an und finanzierte für zwei Jahre eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme (ABM), die sich zwei Diplom-Psychologinnen teilten.

Jährlich wurde rund 100 Ratsuchenden in Einzelberatung, seltener in Paar- oder Angehörigenberatung, geholfen. Die Dauer der Behandlung variierte zwischen einer und vierzig Sitzungen. Überdurchschnittlich häufig nahmen Studentinnen das Angebot war; sie stellten - bei einem Anteil von rund einem Viertel an der Gesamtzahl der Studierenden - 45% der Ratsuchenden. Drei Problembereiche bildeten den Schwerpunkt der Arbeit der beiden Psychologinnen: zum einen psychische Konflikte als Folge der Ausbildungssituation (zum Beispiel Prüfungsängste oder Unsicherheiten in der Studienwahl), zum zweiten soziale Ängste (beispielsweise Kontaktschwierigkeiten oder mangelndes Selbstbewußtsein) und schließlich aktuelle Krisen (von Partnerschaftskonflikten bis hin zur Suizidgefahr).

Obwohl der Bedarf an Beratung der Studierenden vorhanden war, fand sich nach Ablauf der ABM kein neuer Träger. Weder die Hochschule noch das Studentenwerk sahen sich in der Lage, die hohen Personalkosten zu übernehmen. Andere mögliche Träger wie die Universitätsgesellschaft, das Land und der Bund winkten gegenüber dem AStA mit dem Argument ab, dies sei Aufgabe des Studentenwerkes.

Mittlerweile hat sich die Lage etwas entspannt, weil in der Studienberatung 1991 mit einer Psychologin eine zweite Fachkraft eingestellt wurde.

## *Politisches Engagement und Einstellungswandel*

Was das Interesse an allgemeiner und studentischer Politik betrifft, ist ein deutlicher Unterschied zwischen ersterem und letzterem festzustellen. Während das allgemeinpolitische Geschehen von der Hälfte der Universitäts- und gut einem Drittel der FH-Absolventinnen und -Absolventen sehr stark verfolgt wird und der

Rest sich immerhin noch teilweise dafür interessiert, ist für die Hochschulpolitik nur glattes Desinteresse vorhanden. Beleg hierfür ist die geringe Wahlbeteiligung an den jährlichen Wahlen zu den Studentenparlamenten von nur etwa 25 Prozent. Eine kleine Minderheit von zehn Prozent gibt an, auf Hochschulebene aktiv zu sein.

Dieses Verhalten ist Ausdruck der veränderten Lebenssituation von Studierenden. Die Hochschule ist nicht mehr wie früher der überwiegende Lebensraum. Die eigene Wohnung und der Zwang zu arbeiten drängen das Interesse zurück, sich an der Hochschule politisch zu engagieren. Hinzu kommen die Erfahrungen, die von den vorangegangenen Studentengenerationen gemacht wurden: Nicht nur ist Hochschulpolitik aufgrund eingefahrener Strukturen immer weniger befriedigend, sie ist auch immer zeitaufwendiger geworden und muß nicht selten mit einer Verlängerung des Studiums um ein ganzes Semester bezahlt werden.

Immer mehr Studierende sind im übrigen der Meinung, der AStA solle sich auf die interne Hochschulpolitik konzentrieren: Prüfungsbedingungen und Lehrinhalte mitgestalten, in Studienangelegenheiten beraten, sich für die sozialen Belange der Studierenden einsetzen. Das in den 80er Jahren heiß umstrittene Thema „allgemeinpolitisches Mandat“, für das mehrere AStA-Generationen vergeblich gekämpft haben, hat sich mittlerweile durch das Desinteresse der Studierenden erledigt. Nur noch ein Drittel hält es für sehr wichtig, ein Viertel lehnt es ab und dem großen Rest ist es egal.

Damit ist der Anteil hochschulpolitisch Interessierter gegenüber den 70er Jahren in den 80er Jahren drastisch zurückgegangen. Verbunden damit war eine Verschiebung in den gesellschaftspolitischen Überzeugungen: Dezidiert linke Einstellungen haben an Boden verloren, vorherrschend sind heute soziale und ökologische Haltungen. Darüber hinaus klagen die Studierenden die Einlösung demokratiethoretischer Versprechungen wie der Gleichberechtigung von Mann und Frau oder der Arbeitnehmer-Mitbestimmung ein. Die gesamtgesellschaftlichen Gegenmodelle der 70er Jahre haben damit einer politischen Pragmatik Platz gemacht, die auf einem breiten demokratischen Fundament ruht.

Insgesamt gesehen ordnen sich aber noch immer mehr Studentinnen und Studenten der linken politischen Richtung (knapp 30%) und der Mitte (56%) zu als der politischen Rechten (rund 6%). Dabei ist der Anteil der auf die Linke und die Mitte orientierten Studierenden in den Sprach- und Kulturwissenschaften sowie unter den hochschulpolitisch Aktiven jeweils größer. Gleichermäßen abgelehnt werden mit Dreiviertel- bis Vierfünftel-Mehrheit kommunistisch-marxistische und national-konservative Strömungen.

	Unterstützung	Ablehnung
Durchsetzung der vollen Gleichstellung der Frau	87	2
Priorität des Umweltschutzes vor wirtschaftl. Wachstum	75	2
Stabilität der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse	61	3
Stärkere Unterstützung der Entwicklungsländer	54	7
Verwirklichung der vollen Arbeitnehmer-Mitbestimmung	47	9
Sicherung der freien Marktwirtschaft	50	1
Verstärkte Förderung technologischer Entwicklung	32	13
Bewahren der Familie in ihrer herkömmlichen Form	37	16
Harte Bestrafung der Kriminalität	26	21
Überprüfung auf Verfassungstreue im öff. Dienst	21	41
Festlegung einer Einkommenshöchstgrenze	19	48
Abschaffung des Privateigentums	12	57
Verstärkte Nutzung der Kernenergie	11	55
Erhöhung der militärischen Anstrengungen	3	71

Unterstützung und Ablehnung allgemeinpolitischer Ziele (in %)

Quelle: BMBW 1992a.

Paderborn gehörte vor Gründung der Universität-Gesamthochschule zu den typischen Regionen mit erheblichen Defiziten in der Mobilisierung von Bildungsreserven: katholische Bevölkerungsmehrheit, ländliches Umfeld, geringer Anteil an Akademikerinnen und Akademikern. Zu einem sich selbst verstärkenden Mechanismus wurde diese Struktur dadurch, daß mehr als die Hälfte der Paderborner Abiturientinnen und Abiturienten die Stadt verließ und nach dem Studium nicht wiederkam. So fehlte der Industrie auch qualifizierter technischer Nachwuchs, so daß die Ansiedlungsbereitschaft neuer Unternehmen gering war.

Das Reformvorhaben der nordrhein-westfälischen Landesregierung, in Paderborn eine Gesamthochschule zu gründen, war deshalb für die Stadt und die Region eine große Chance - wenn man sich auch mit der neuen Hochschulform etwas schwer tat, hatte man doch immer mit einer „richtigen“ Universität geliebäugelt. Schnell zeigte sich, daß zahlreiche Reformansprüche mit der Gesamthochschule Paderborn umgesetzt werden konnten: Ende der 70er Jahre kamen mehr als 80 Prozent der Studierenden aus der Stadt und der Region. Über die Hälfte von ihnen hatte kein Abitur, sondern einen Fachoberschulabschluß oder eine fachgebundene Hochschulreife. Der Anteil der Kinder aus Arbeiterfamilien lag mit 23 Prozent weit über dem bundesweiten Durchschnitt, dafür war nur ein Viertel der Studierenden Akademikerkinder.

**Bild: Campus der Universität-Gesamthochschule Paderborn.**

Für die bisher traditionell bildungsbenachteiligten Schichten waren vor allem die integrierten Studiengänge in den Ingenieur-, Natur- und Wirtschaftswissenschaften attraktiv, da sie ein Studium ohne die allgemeine Hochschulreife ermöglichten. Nach einer Untersuchung des Paderborner Studentenwerks waren beispielsweise 1978 73% der Studierenden in den Wirtschaftswissenschaften und 60% der Studierenden in Maschinenbau mit der Fachhochschulreife an die Hochschule gekommen (vgl. Heinze/Stamm).

Die Besonderheit der Universität-Gesamthochschule Paderborn mit ihren drei Außenstellen in Höxter, Meschede und Soest zog weitere Angehörige bildungsbenachteiligter Schichten aus der Region an.

**Bild: Studierende im Fachbereich 16 (Abt. Soest).**